

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Arz. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Hfpr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
45. Jahrgang Hamburg, 9. Mai 1931 Nummer 19

## Zum 4. Bauarbeiter-Schutz-Kongress

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, einen Bauarbeiter-Schutz-Kongress für den 8. und 9. Juni dieses Jahres nach Berlin einzuberufen. Der letzte Kongress dieser Art fand im August 1913 in Leipzig während der Internationalen Bauausstellung statt. In den dazwischenliegenden 18 Jahren hat sich auf dem Gebiete des Bauarbeiter-Schutzes manche Wandlung vollzogen. Der Kongress wird daher sowohl rückwärtig zu der bisherigen Entwicklung Stellung zu nehmen, als auch für die künftige Förderung des Bauarbeiter-Schutzes die Richtung anzugeben haben.

Als Auftakt für den Kongress ist eine allgemeine Rundgebung im Plenarsaal des Reichstages vorgesehen. Hierzu sollen Vertreter der Reichs- und Länderministerien, der staatlichen und kommunalen Baubehörden, der Berufsgenossenschaften, der sozialen Vereinigungen, Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten usw. eingeladen werden. Vorauszusehen werden auch Vertreter der Internationalen der Bauarbeiter, der Metallarbeiter und der Steinarbeiter und auch eine Abordnung des Internationalen Arbeitsamtes an dem Kongress teilnehmen. Die Eröffnung wird durch den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Kollegen Leipart, erfolgen. Dann wird der Kollege Bernhard, Vorsitzender des Deutschen Bauergewerksbundes, in großen Zügen Zweck und Ziele unserer Bauarbeiter-Schutzbestrebungen umreißen. Um auch den Hunderttausenden von Bauarbeitern, die nicht am Kongress teilnehmen können, Gelegenheit zu geben, den Verhandlungen zu folgen, ist beabsichtigt, die Rundgebung im Reichstag auf dem Deutschlandsender zu übernehmen.

Die weiteren Verhandlungen finden alsdann im Großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses statt. In dieser Sitzung wird zuerst der Kollege Sachs vom DGB einen Überblick über die Entwicklung des Bauarbeiter-Schutzes in den letzten zwei Jahr-

zehnten geben. Anschließend wird der Kollege Wüst vom Deutschen Bauergewerksbund das Aufgabengebiet der örtlichen Bauarbeiter-Schutz-Kommissionen behandeln und dabei insbesondere die den Kommissionen sich bietenden Möglichkeiten zur Förderung des Bauarbeiter-Schutzes aufzeigen. Da die Bauarbeiter neben erheblichen Unfallgefahren auch einer Anzahl gesundheitlicher Schädigungen ausgesetzt sind, wird der Kollege Dr. Meyer-Brodnig die Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten vom medizinischen Standpunkte erörtern. Schließlich sollen in einem weiteren Vortrag die Rationalisierungsbestrebungen im Baugewerbe und die dabei sich zeigenden neuen Gefahren behandelt werden. Ueber dieses Thema wird der Leiter der Hamburger Bauhütte, Kollege Briel, sprechen. Bei den einzelnen Tagesordnungspunkten werden auch die Vertreter der Behörden Gelegenheit haben, sich zu den aufgerollten Fragen zu äußern. Ebenso werden auch die Delegierten ihre der Praxis entstammenden Erfahrungen und Vorschläge auf dem Gebiete des Bauarbeiter-Schutzes dem Kongress unterbreiten können.

Eine gemeinsame Besichtigung der Bauarbeiterausstellung soll den Abschluß der Tagung bilden. Die Delegierten werden hier — insbesondere im gewerkschaftlichen Teil der Ausstellung — Gelegenheit haben, sich über den Stand des Bauarbeiter-Schutzes in Möbeln, Bildern und graphischen Darstellungen zu informieren.

Die Delegierten werden durch die Referate, durch die Besichtigung der Bauausstellung sowie durch die Möglichkeit gegenseitigen Meinungsaustausches eine Fülle neuer Anregungen zur weiteren Förderung des Bauarbeiter-Schutzes erhalten. Darüber hinaus soll die ganze Tagung ein Ansporn für alle Bauarbeiter werden, allen widrigen Verhältnissen zum Trotz, mit allen Kräften auf den bisher beschrittenen Wegen zur Abwehr der vielseitigen Gefahren der Arbeit erfolgreich weiterzuschreiten.

## Lohnabbau und Wirtschaftsbelebung

Durch Lohnabbau zur Senkung der Selbstkosten. Durch Selbstkosten senkung zum Preisabbau. Durch Preisabbau zur Steigerung des Absatzes, zur Wirtschaftsbelebung. Auf dieser Linie bewegen sich seit vielen Monaten die wirtschaftspolitischen Gedankengänge, mit denen man die Lohnabbauwelle in Deutschland rechtfertigt. Sowohl die Unternehmer wie auch die bürgerlichen Regierungsvertreter erwiesen sich als eifrigste Verfechter der Lohnsenkungspolitik. „Deutschland muß rechtzeitig den Anschluß an die Entwicklung der Weltwirtschaft finden, die durch Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist. Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer und Arbeitnehmerschichten sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen uns gestatten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so werden die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen werden.“ So heißt es wörtlich im Reformprogramm der Brüningregierung.

Fast in jedem Wirtschaftszweig und in jedem Beruf hat man diese Lösung in die Tat umgesetzt. Man hat nicht nur die übertariflichen Verdienste, sondern auch durchweg die Tariflöhne ermäßigt, obwohl das Existenzminimum vieler Arbeiter infolge Kurzarbeit schon erheblich geschmälert war. Kurzum, man hat der Arbeiterschaft gewaltige Opfer aufgebürdet und glaubt, diese damit verantworten zu können, indem man den Lohnabbau als Geburtswehe für die erstrebte Wirtschaftsanfurbelung bezeichnet. Wie sieht es nun mit der Wirtschaftsbelebung aus? Grundsätzlich und theoretisch bedeutet ein Lohnabbau mit gleichzeitiger Preis senkung im Rahmen der Volkswirtschaft keine Veränderung, da auf diese Weise die Kaufkraft beziehungsweise der bisherige Konsum nicht verändert wird. Die Senkung des inländischen Preisniveaus kann einzig und allein daher nur den Zweck verfolgen, durch Steigerung des ausländischen Absatzes eine Wirtschaftsbelebung herbeizuführen. Kann — wohl-

gerne für vermehrten Auslandsabsatz wird nur dann wirksam, wenn die übrigen Staaten bei dem alten Lohn- und Preisstande verharrten. In dem Augenblick aber, in dem auch die übrigen Staaten die Löhne und Preise gleichfalls senken, wird diese Hoffnung zunichte. Es tritt dann der Zustand ein, daß genau wie vorher im volkswirtschaftlichen Rahmen nun vielleicht im europäischen Ausmaße das Lohn- und Preisniveau allgemein gesenkt wird. Durch diese allgemeine Senkung des Lohn- und Preisniveaus wird aber das frühere Verhältnis von Gütererzeugung und Güterverbrauch nicht verschoben, weil die durch den Preisabbau geschaffene zusätzliche Kraft durch den Lohnabbau aufgehoben wurde. Man hat also bestenfalls durch die Senkung des volkswirtschaftlichen Preisstandes — wie es in der Regierungserklärung heißt — nur den „Anschluß“ an den veränderten Weltmarkt gefunden. Keineswegs hat man aber damit eine „Belebung der Produktionsstätten“ erreicht. Grundsätzlich erweist sich somit dieser Weg nicht als geeignet, die Wirtschaft zu beleben. Im Gegenteil, eine Verschärfung des ausländischen Wettbewerbes mit Hilfe einer Lohnsenkung ist geeignet, die Wirtschaftsnot zu vergrößern.

Inwieweit der lohnpolitische Berggruß die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Gefahrenzonen praktisch erreichen wird, bleibt daher abzuwarten. Der saisonmäßig bedingte Rückgang der Arbeitslosenziffern hat damit nichts zu tun. Nachdem in den verschiedensten Staaten wie England, Belgien und Frankreich, ganz abgesehen von Italien, die Lohnabbauoffensive in vollem Gange ist, kann schon jetzt gesagt werden, daß die von dieser Seite erhoffte Wirtschaftsanfurbelung ausbleiben wird. Damit wird sich auch erweisen, daß die von den Gewerkschaften vertretene Auffassung, nämlich, daß ein wirtschaftlicher Aufstieg nur durch die Belebung des Inlandmarktes, das heißt, durch Stärkung der einheimischen Kaufkraft, die einzig richtige ist. Diese notwendige Stärkung der Kaufkraft und Wirtschaftsbelebung wird aber nicht dadurch geschaffen, indem die Unternehmer fortgesetzt nach weiterem und noch größerem Lohnabbau rufen. Zu einem grotesken Wider-

sinn wird aber dieser Ruf nach Lohnsenkung dann, wenn man zur Begründung neuer reaktionärer Maßnahmen auf den Lohnabbau des Auslandes verweist. So grenzt es beispielsweise geradezu an wirtschaftspolitischen Irrsinn, wenn in dem Organ der rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskammer, dem Wirtschaftsblatt „Rhein und Ruhr“, nach einer Revue des Lohnabbaues im Auslande folgendes festgestellt wird: „Dabei ist nicht zu vergessen, daß auf Grund der Erfahrungen der letzten Wochen in der Arbeiterschaft die innere Neigung zu einem großzügigen Experiment der Lohnherabsetzung eher vorhanden ist als an einem Festhalten an dem bisherigen starren Lohnsystem.“

Die deutsche Arbeiterschaft dankt für solche „großzügigen Experimente“. Sie hat auch nicht die geringste innere Neigung, weitere Verschlechterungen über sich ergehen zu lassen. Wer keine Katastrophe, sondern den Weg aus der Krise will, wird vielmehr gut tun, die Warnung und den Mahnruf der freien Gewerkschaften eingehend zu beachten.

## Chemie, Weltwirtschaft und Sozialismus

Man ist gewöhnt, die Nachkriegszeit vor allem unter dem Gesichtspunkt der großen politischen Umwälzungen zu betrachten; das Verschwinden der Militärmonarchien, das Erstarken der Arbeiterbewegung lenkt oft den Blick ein wenig ab von den sozialgeschichtlichen vielleicht viel bedeutsameren Umwälzungen auf ökonomischen Gebieten, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben und auch weiterhin täglich vollziehen. Neben der Rollenverschiebung zwischen Europa und Amerika, den großen Agrarformen, den Erscheinungen des organisierten Kapitalismus ist es vor allem die geradezu revolutionäre Entwicklung der Technik, und vor allem der Chemie, die der Weltwirtschaft der Nachkriegszeit das Gepräge verleiht.

### Technik und Gesellschaftsentwicklung.

Dabei darf man sicherlich nicht übersehen, daß die Technik an sich noch nicht die Grundgesetze der sozialen Entwicklung bestimmt. Der wissenschaftliche Sozialismus hat uns die Erkenntnis vermittelt, daß sich die Bewegung der menschlichen Gesellschaft vor allem nach ihrer jeweiligen Klassenschichtung und den daraus entspringenden Gegensätzen richtet. Jede geschichtliche Gesellschaftsordnung schafft sich die Technik, deren sie bedarf. Die römischen Patrizier hätten mit Preßluftkammern, selbst wenn sie sie wirklich durch Zufall erfunden hätten, nicht viel anfangen können — weil sie eben noch nicht das wirtschaftliche Bedürfnis danach hatten.

Andererseits wirkt die technische Stufe, die sich eine Gesellschaftsordnung geschaffen hat, wieder auf diese selbst zurück, wenn sie Produktivkräfte entfesselt, die die vorhandene Wirtschaftsform noch nicht meistern kann; häufig spielt dann die Technik in der Gesellschaft die Rolle des Goetheschen Jarberlehrlings — sie kann selbst die Kräfte nicht bannen, die sie gerufen hat. Und gerade das Zeitalter des Kapitalismus hat eine technische Entwicklung aus seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen geschaffen, die nicht nur in keiner früheren Sozialordnung ein Gegenstück findet, sondern sich auch innerhalb der kapitalistischen Entwicklung selbst immer mehr beschleunigt. Man glaubte, mit den großen Fortschritten auf dem Gebiete der Mechanik zu einem gewissen Abschluß gelangt zu sein. Die Nachkriegszeit aber hat nicht nur auf mechanischem Gebiete ungeahnte Neuerungen entstehen lassen, sie hat nicht zuletzt auch das Schwerkrieg der Technik, wenigstens vorläufig, in die Chemie verlegt.

### Die Industrie der Industrien.

Nicht von diesen Verschiebungen in der Technik selbst soll hier die Rede sein, sondern nur von der wirtschaftlichen Bedeutung der chemischen Umwälzungen. Die chemische Industrie, noch um die Jahrhundertwende im Wirtschaftsprozess fast bedeutungslos, ist im Begriffe, zu einem Angelpunkt zu werden. Sie ist in ihrem ganzen Aufbau geradezu der Typus einer „neuen Industrie“, ähnlich etwa wie das Elektrowerke und entgegengesetzt dem älteren Industrietypus, wie er durch den Kohlenbergbau und die Segelindustrie dargestellt wird. Die Merkmale der „neuen Industrien“, nämlich eine starke Konzentration und internationale Verflechtung, sind in der chemischen Branche so deutlich ausgeprägt wie in wenigen andern. In ihren Hauptländern bestehen durchweg Riesenzentren, die den überwiegenden Teil der Produktion kontrollieren; so in Deutschland die IG-Farben-Industrie, in England die Imperial Chemical (der Mond-Crust), in Frankreich

der Kuhlmann-Konzern, in Italien Montecatini, in Amerika Dupont. Namentlich der deutsche und der englische Erbst nehmen geradezu eine Monopolstellung ein. Diese riesigen Kapitalgebilde stehen fast durchwegs miteinander in Verbindung und besitzen zumeist unmittelbare Rohstoffquellen und auch Produktionsstätten im Ausland.

Welchen Grad aber die Organisationstendenz des Nachkriegskapitalismus in der chemischen Industrie schon erreicht hat, zeigt am deutlichsten ihre zunehmende Verflechtung mit scheinbar ganz getrennten Wirtschaftszweigen. Bekannt ist ja das Abkommen, das die I.G. Farben mit der Standard Oil Company, dem amerikanischen Oeltruf, über die Auswertung des Hydrierungsverfahrens getroffen hat und dem nunmehr auch der englisch-holländische Oeltruf (Shell-Könincklijke) angeschlossen. Aber auch mit einem der größten indirekten Oelinteressen, nämlich dem Automobilkönig Ford, steht die I.G. Farben teils durch den Oeltruf, teils direkt in Fühlung. Als sie mit der Verflüssigung der Kohle, der Erzeugung des synthetischen Benzins begann, meinten viele, die Herrlichkeit der großen Oeltruf gehe nun zu Ende. In Wirklichkeit war es nur der Beginn einer wahrscheinlich dauernden Verflechtung der Kapitalriesen beider Wirtschaftszweige und noch einiger anderer dazu. Denn die Chemietruff erzeugen schon heute außer Benzin auch noch eine ganze Anzahl anderer Güter, deren synthetische Gewinnung noch vor einigen Jahren ein Traum schien. Dazu gehört zum Beispiel der künstliche Kautschuk, dessen industrielle Großerzeugung bisher nur durch die ungünstige Lage der Kautschukmärkte gehemmt wurde. Auch die Kunstseide wird heute von der I.G. Farben in großen Mengen erzeugt — weshalb dieser Erbst auch mit dem holländisch-deutschen Kunstseidekonzern (Allgemeine Kunststoffe Union) nach Jahren erbitterten Konkurrenzkampfes in Fühlung getreten ist.

Ein noch interessanteres Beispiel für die Allseitigkeit der chemischen Industrie bietet der Stickstoffpakt, der vor einiger Zeit von den beiden größten Chemietruff dem deutschen und dem englischen, mit dem Staat Chile abgeschlossen wurde und kürzlich noch norwegischen und anderen Zugang erhalten hat; das entthronte Salpetergebiet mit den Hauptproduzenten synthetischen Stickstoffs in einer Front den Käufern des Kunstdüngers gegenüber!

**Rohstoffe, Agrarfrage und Chemie.**

Auch anderweitig hat heute die Chemie für die Landwirtschaft Bedeutung erlangt. Die verschiedenen Düngersorten, die den einzelnen Bodengattungen angepaßt sind, können die Fruchtbarkeit der Acker wesentlich steigern. Die Gewinnung von Futtermitteln aus Holz ist durch Bergius zumindest prinzipiell gelöst. Die Rastofftrocknung ist geeignet, die Bewirtschaftung eines der wichtigsten Massennahrungsmittel auf ganz neue Grundlagen zu stellen.

Haben wir also von der Chemie am Ende sogar die Befreiung der Weltagrarkrise zu erwarten? Wir können es, wenn tatsächlich jeder technische Fortschritt auch schon einen wirtschaftlichen bedeuten müßte. Solange aber die Verwertung jeder technischen Erfindung in die Hände von ein paar Erbstmagnaten gelegt ist, darf man sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß das Eindringen der Chemie in die Landwirtschaft die Krise derselben fürs erste noch steigern und verallgemeinern wird.

Auch für die industrielle Rohstoffwirtschaft bedeutet der Siegeszug der Chemie eine wirkliche Umwälzung. Es handelt sich im Prinzip um nichts Beringeres als um die Lösung der industriellen Produktion von der Bestimmung ihrer Standorte durch die geographische Verteilung der Rohstoffe; gänzlich neue Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung!

**Gerade dieses Teilproblem zeigt deutlich, daß nicht zufällig in dem weltwirtschaftlich entthronten Europa die chemische Industrie eine so ungeheure Entfaltung genommen hat; die günstigen Rohstoffgrundlagen Amerikas und der neuindustrialisierten Kolonialländer sind im Begriffe, durch die synthetischen Rohstoffe wenigstens auf gewissen Gebieten ausgeglichen zu werden. Dabei hat durch den Ausgang des Weltkriegs Deutschland seine Monopolstellung in der Chemiewirtschaft durch Auslieferung von Patenten usw. teilweise verloren; wird dadurch die europäische Gesamtwirtschaft ihre Vorzugsstellung wiedergewinnen?**

**Chemischer Krieg und wirtschaftliche Schlüsselstellung.**

Vorläufig ist der Kapitalismus daran, auch die Wunderwelt der Chemie in den Dienst der Vernichtung zu stellen. Schon im Weltkrieg hat die Gaschemie eine verhängnisvolle Rolle gespielt, obwohl sie damals gewissermaßen noch in den Kinderschuhen gesteckt hat. In den letzten Jahren aber haben die Chemietruff leider nicht nur das Problem der Fernverfeuerung mit Rußgas gelöst, sondern wahrscheinlich noch viel vollkommener das Problem der Fernverfeuerung mit Giftgas. Die Verbindung der Spitzenleistungen der mechanischen und der chemischen Technik, des Flugzeuges und der Kunstgas, würde in einem kommenden Krieg zweifellos ganze Landstriche innerhalb weniger Tage zur Wüste machen. Nirgends vielleicht wird einem die Gegenfährlichkeit der Klassengesellschaft so deutlich wie hier.

Die chemische Industrie hat heute im Wirtschaftspraktik des internationalen Kapitalismus zum Teil schon die Schlüsselstellung erreicht, die bisher das Finanzkapital inne hatte; die großen Chemietruff sind längst nicht mehr von Banken abhängig, beherrschen selbst andere Wirtschaftszweige. Sie sind stets mehr zu Anziehungspunkten des wirtschaftlichen Geschehens geworden; sie werden auch unter den ersten Wirtschaftsteilen sein müssen, deren Ertragsverhältnisse zum Nutzen der ganzen Weltwirtschaft umzugestaltet sein werden.

Dr. L.

**Innungen und Gesellenausschüsse**

Die Bedeutung und der Umfang des Handwerks und der handwerklichen Organisationen wird von einem großen Teil der Arbeiterschaft stark unterschätzt. Wird von der Wirtschaft gesprochen, denkt er nur noch an die Industriebetriebe mit einer nach Hunderten oder gar Tausenden zählenden Belegschaft. Wenn nun auch keineswegs bestritten werden soll, daß hier in immer höherem Grade die Schwerkraft des wirtschaftlichen Geschehens liegt, so darf doch nicht verkannt werden, daß es daneben noch eine unendliche Zahl von Klein- und Kleinstbetrieben gibt, die, ganz abgesehen von denen in der Landwirtschaft, mindestens vorläufig noch wichtige Aufgaben in der Wirtschaft erfüllen.

Diese Betriebe sind meist in Innungen zusammengeschlossen, die in den letzten Jahren, allerdings begünstigt durch die Befreyung, einen starken Aufschwung erlebt haben. Interessant ist dabei noch die Verschiebung des Stärkeverhältnisses zwischen den freien und den Zwangsinnungen. So gab es in Deutschland im Jahre 1907 3291 Zwangsinnungen, denen 7511 freie Innungen gegenüberstanden. 1919 war die Zahl der Zwangsinnungen schon auf 5501 angewachsen, während sich die freien Innungen mit 7868 nur noch wenig vorwärts entwickelt hatten. Die Zahlen aus den Feststellungen 1926 zeigen die bestehende Tendenz noch viel krasser. Jetzt gab es insgesamt 17 138, und zwar 10 816 Zwangs- und 6322 freie Innungen. Also eine reichliche Verdoppelung der Zwangsinnungen von 1919 bis 1926 und ein Zurückgehen der freien Innungen mit 1546 oder etwa 20 %.

Wie die Zahl der Innungen ist auch die Zahl der Innungsmitglieder stark gestiegen. 1907 waren in den Zwangsinnungen 220 000 Betriebe zusammengeschlossen; in den freien Innungen 257 000. 1919 hatte sich das Bild schon zugunsten der Zwangsinnungen verschoben. In ihnen waren jetzt 356 000 und in den freien Innungen 268 600 Betriebe organisiert. Im Jahre 1926 gab es schon 735 000 Zwangsinnungsmitglieder, denen nur noch 200 000 Mitglieder die in freien Innungen organisiert waren, gegenüberstanden. Insgesamt waren also 1926 schon 935 000 Handwerksbetriebe in Innungen zusammengeschlossen, und da sich die Tendenz seitdem fortgesetzt hat, ist anzunehmen, daß es jetzt weit über eine Million sind. Die Handwerkswirtschaft umfaßt jetzt 1,3 Millionen Betriebe mit rund 3,7 Millionen Beschäftigten. Man ersieht daraus ein wie großer Teil der handwerksmäßigen Betriebe durch die Innungen erfaßt sind.

Auch die weitaus meisten der 65 000 Malermeister sind in Innungen zusammengeschlossen. So erhielten wir auf die Umfrage am Jahresabschluss 1930 aus 111 Filialen mit 22 910 Lehrlingen die Nachricht, daß Zwangsinnungen vorhanden sind. 55 Filialen mit 7285 Lehrlingen teilten mit, daß freie Innungen bestehen. Das Verhältnis zwischen Zwangsinnungen und freien Innungen ist hier also ähnlich als für die gesamten Gewerbe. In einem Filialbereich gibt es oftmals mehrere Innungen, zum Beispiel in der Filiale Hamburg in Altona, Elmshorn, Hamburg, Harburg-Wilhelmsburg, Igehoe, Marne, Pinneberg, Wandsbek, Wilster und jedenfalls noch einigen andern.

Bei allen Innungen müssen nach den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung Gesellenausschüsse gebildet werden, ebenfalls bei den Innungen übergeordneten Handwerkskammern. Die Gewerkschaften erachten es nun mehr denn je als ihre Pflicht, sich auch um die Gesellenausschüsse zu kümmern, weil sie zum Teil, besonders in bezug auf das Lehrlingswesen, wichtige Funktionen zu erfüllen haben. Die Ausschussmitglieder wußten aber auch oftmals von den ihnen übertragenen Rechten nicht genügend Gebrauch zu machen, weil ihnen die Bestimmungen der Gewerbeordnung und ihre Auslegung und richtige Anwendung zu wenig vertraut waren. Am diesem Uebelstande, soweit die Gesellenausschüsse im Malergewerbe in Betracht kommen, hat der Verbandsvorstand eine Broschüre mit dem Titel:

**Material für die Gesellenausschussmitglieder bei den Innungen und Handwerkskammern mit Auszug aus der Reichsgewerbeordnung**

herausgegeben, in der die wichtigsten Paragraphen der Gewerbeordnung, soweit sie das Lehrlingswesen betreffen, und auch aus den sonstigen Gesetzen, die für die Jugendarbeit wichtige Bestimmungen enthalten, abgedruckt und erläutert wurden.

Die Broschüre enthält vier Abschnitte. Im ersten wird ein Rückblick über die Arbeiten des Verbandes im Interesse des Berufsnachwuchses gegeben. Der zweite enthält unsere Forderungen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens. Dann kommen die Rechte und Pflichten der Gesellenausschussmitglieder bei den Innungen und Handwerkskammern mit Erläuterungen, und im letzten Teil Hinweise auf Bestimmungen zur Jugendfrage in andern Gesetzen. Die Gesellenausschussmitglieder finden also darin alles Material, das sie zur erfolgreichen Ausübung ihrer oft gewiß nicht leichten aber stets dankbaren Aufgabe brauchen. Die kleine 64 Seiten starke Broschüre wird sicher mit dazu beitragen, den Gesellenausschussmitgliedern zu zeigen, daß sie den besten Rückhalt durch die Organisation haben. Nur bei enger Zusammenarbeit zwischen Verband und Gesellenausschussmitgliedern kann eine für alle Beteiligten vorteilhafte Tätigkeit von den Gehilfenvertretungen bei den Innungen und Handwerkskammern entfaltet werden.

**Deutsche Unternehmer importieren „soziale Einrichtungen“ aus Amerika**

Vor kurzem hat in Deutschland die Adam Opel AG für ihre Werksangehörigen eine Gruppen-Lebensversicherung abgeschlossen, der 90 % der Belegschaft beitraten. Die „Vollfürsorge“, das Organ der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft, nimmt in einem längeren Artikel zu dieser Versicherungsart Stellung. Sie legt dar, daß die Opel-Versicherung kein Einzelfall bleiben wird, sondern daß es um den

groß angelegten Plan zur allgemeinen Einführung der bei uns bisher fast unbekanntem amerikanischen Gruppenversicherung geht. Dieser Plan eines „Versicherungsimports“ verdient angesichts der Tatsache, daß hinter ihm die größte Lebensversicherungsgesellschaft der Welt, die Metropolitan Life Insurance Company of New York steht, sowohl vom sozialpolitischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus das Interesse der breitesten Öffentlichkeit. Was sich jenseits des Ozeans beim Fehlen der staatlichen Sozialversicherung „bestens bewährt“ hat, braucht noch lange nicht berufen zu sein, als neue „soziale Einrichtung“ nach Deutschland verpflanzt, oder aber — wie zu erwarten ist — der Belegschaft mancher Betriebe aufkotzt zu werden.

In dem Artikel, den wir verkürzt folgen lassen, wird dann der Wert der Gruppenversicherung für die Versicherten selbst, und zwar gemessen an dem Werte der regulären Lebensversicherung, darlegt:

Bei der Beurteilung des Wertes einer Lebensversicherung — so heißt es in dem Artikel — darf niemals die Kostenfrage allein entscheidend sein. Was nützt den Versicherten und ihren Hinterbliebenen eine Lebensversicherung, und wäre sie noch so billig, wenn nicht eine absolute Gewißheit dafür besteht, daß der benötigte Versicherungsschutz im entscheidenden Augenblick auch wirklich vorhanden ist und nicht von Umständen abhängt, die der Willkür fremder Personen unterworfen sind! Und in dieser Hinsicht birgt die Gruppenversicherung so ungeheure Gefahren in sich, daß man im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu ihrer grundsätzlichen Ablehnung kommen muß.

Der Gruppenversicherte genießt den Versicherungsschutz nur, solange er sich in den Diensten des betreffenden Arbeitgebers befindet. Welcher Arbeitnehmer hat aber die Gewißheit, daß er bis zu seinem Tode oder bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, also meistens Jahrzehnte hindurch, in demselben Betrieb beschäftigt sein wird? Ganz abgesehen davon, daß mancher freiwillig seine Stellung aufgibt, um sich zu verbessern, mancher aus irgendwelchen persönlichen Gründen entlassen wird und mancher nach einer Krankheit nicht auf seinen Posten zurückkehrt, kann angesichts der immer wieder eintretenden Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit kein Arbeiter oder Angestellter wissen, ob der Unternehmer gerade ihn bis zum letzten Augenblick behalten wird. Weiß er denn überhaupt, ob die Firma bei seinem Tode noch existiert?

Und was geschieht, wenn der Arbeitgeber eines Tages von seinem einseitigen Rechte Gebrauch macht, die Gruppenversicherung aufzugeben, oder — was dasselbe bedeuten würde — die Bedingungen derart abzuändern, daß sie für die Versicherten unannehmbar werden?

Die Anhänger des amerikanischen Systems werden nun sagen, daß die Gruppenversicherung durchaus kein Ersatz, sondern nur eine sehr reichhaltige Ergänzung der regulären Lebensversicherung sein soll und daß die geringfügigkeit seines Prämienanteils dem Arbeitnehmer gestatte, noch eine angemessene Einzelversicherung abzuschließen.

Das ist theoretisch recht und gut. In der Praxis aber liegen die Dinge wesentlich anders. Die im wirtschaftlichen Denken wenig geschulten Menschen wiegen sich in eine an Verblendung grenzende falsche Sicherheit über die Zuverlässigkeit ihres Versicherungsschutzes ein, und sie werden zu einer folgenschweren Abneigung gegen den Abschluß einer ordentlichen Lebensversicherung verführt.

Wie viele Familien dadurch in Not geraten und welches Volksvermögen durch die Abbrofflung der mit der regulären Lebensversicherung verbundenen Spartätigkeit verloren geht, ist auch nicht annähernd zu sagen.

Wir müssen die Gruppenversicherung also aus denselben Gründen ablehnen wie die unheilvolle Abonnementversicherung. Die deutschen Arbeiter und Angestellten haben schon vom Standpunkte ihres Versicherungsschutzes aus keinerlei Ursache, sich mit einer derartigen Halbheit, mit der Amerika sie in der Hoffnung auf Gewinn beglücken möchte, zu befreundeten. — Wie aus Mitteilungen der Gewerkschaftspresse zu entnehmen ist, scheinen die Gewerkschaften auch entschlossen zu sein, die Gruppenversicherung zu bekämpfen.

Diese Stellungnahme des Organs der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft ist klar und deutlich. Sie kann noch ergänzt werden durch den Hinweis auf die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gefahren für die Arbeiterschaft, die mit der Verbreitung der Gruppenversicherung auftauchen werden. Der allgemeine Angriff der deutschen Unternehmer gegen die staatlichen sozialen Einrichtungen ist vorerst nur zum Stillstand gekommen. Es eröffnet sich die Perspektive, daß später die Unternehmer unter Hinweis auf die finanzielle Sicherung der Arbeitnehmer durch die Gruppenversicherung eine kräftige Einschränkung der Sozialversicherung fordern. In Oesterreich sind die Pläne des Ministers Reich ein Musterbeispiel dafür, daß derartige Absichten noch immer zum eisernen Bestand der Sozialreaktion gehören. Die österreichische Arbeiterschaft, voran die Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“, Organ der Arbeiterräte Oesterreichs, hat vor kurzem den publizistischen Kampf gegen die Gruppenversicherung aufgenommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen der großen Propaganda für die Gruppenversicherung in Oesterreich und den jetzigen Plänen auf Abbau der Sozialversicherung schon ein gewisser Zusammenhang besteht. Vielfach sind auch die Experimente der deutschen Unternehmer, durch Gewährung minderwertiger Sozialleistungen, verbunden mit Bindungen der verschiedensten Art, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Vielleicht ist die Gruppenversicherung ein neuer Schritt zu dieser Richtung. Deshalb kann keineswegs der Beitritt zu einer Gruppenversicherung empfohlen werden; es ist im Gegenteil größte Zurückhaltung angebracht.

**Wird die gelehrten „Maler“ nicht fort! Geht sie den Unorganisierten!**

# AUS UNTERM VERBANDSLEBEN

**Muster.** Durch das rigorose Vorgehen der Unternehmer im Malergewerbe stellen am 4. Mai die Kollegen die Arbeit ein. Zugang ist fernzuhalten!

## Der Lohnabbau des Crimmitschauer Ehrenobermeisters!

Der Herr Ehrenobermeister Dertel der Crimmitschauer Maler- und Lackierer-Zwangsgewerkschaft las wahrscheinlich etwas über Lohnabbau. Schnell hielt er darauf seiner Belegschaft einen Vortrag über „Ankurbelung der Wirtschaft“ durch den Abbau der Löhne. Er schloß auch sofort einen neuen schriftlichen Tarifvertrag mit seinen Gehilfen, der für diese einen Lohnabbau von 15% brachte. Wie wir hören, ließ der Herr Obermeister diesen Tarifvertrag sogar beglaubigen, wohl in der Hoffnung, für das Wohl seiner Gehilfen alles getan zu haben.

Die Vertreter der Gehilfenschaft klärte Herr Dertel in nicht mißzuverstehender Weise im Kommandoton über die Tariffähigkeit der Meister auf. Höchst eigenartig, daß der Herr Gewerkekammerpräsident Tarif und Tarifrecht nur genau kennt, wenn es sich um Lohnabbau handelt.

Erst nach Erhebung der Klage durch unsere Organisation beim Ortsarbeitsamt, das unter Leitung eines Unparteiischen tagte, bequeme sich Herr Dertel zur Anerkennung des noch gültigen allgemeinverbindlichen Lohnabkommens und zahlte die Differenzbeträge nach mit der Verpflichtung, den Tarif bis zu dessen Ablauf anzuerkennen.

Kollegen! Dies ist wieder ein Erfolg des Verbandes, stärkt ihn, denn nur er wahrte eure Rechte.

Der Gewerkekammer aber empfehlen wir die Anschaffung der Tarifvertragsverordnung und der Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen (Wensheimer-Sammlung), damit diese behauerlichen Firtümer ihres Präsidenten nicht wieder vorkommen können.

**Arbeiter!** Seht Euch die Meister an, denen Ihr eure Aufträge zukommen laßt, und verlangt zur Ausführung freigewerkschaftlich organisierte Kollegen!

## Ausführung von Anstricharbeiten durch Soldaten

Das Reichswehrministerium hatte am 23. November 1926 einen Erlaß herausgegeben, nach dem es verboten war, bei Anstricharbeiten in den Kasernen Soldaten zu verwenden. Dieser Erlaß wurde laut Verfügung vom 22. Dezember 1930 aufgehoben. Die Folge davon war, daß in verschiedenen Kasernen dazu übergegangen wurde, die Anstricharbeiten wieder selbst auszuführen. In einem Falle ging man sogar soweit, eigene Spritzapparate zur Verfügung zu stellen. In den Czuhavener Kasernen wurden die Mannschaftsräume der Marinesoldaten von diesen selbst angestrichen. Unser Bezirksleiter wandte sich beschwerdeführend an das Reichswehrministerium und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Auch das Arbeitsamt S t a d e wurde mobil gemacht. Eine Besprechung, die dann mit dem Marinebauamt stattfand, zeitigte folgendes negative Ergebnis:

Zu der Beschwerde des Malerverbandes erklärt das Marinebauamt, daß im Wehretat jährlich Summen für Maler- beziehungsweise Ueberholungsarbeiten der Kasernen eingesetzt werden. Die Arbeiten werden nach einem bestimmten Plan alle zwei bis drei Jahre vorgenommen und an die Privatunternehmer vergeben; Arbeiten, die in der Zwischenzeit gemacht werden müssen, können nicht von dem Bauamt vergeben werden, weil dafür Mittel nicht vorhanden sind.

Bei den zur Zeit vorgenommenen Ueberholungsarbeiten handelt es sich um einige Mannschaftsräume, die in der Zwischenzeit nach Ansicht der Mannschaften unbewohnbar geworden sind. Diese Arbeiten sind von den Leuten ohne Auftrag selbst vorgenommen worden. Herr Kapitän Lamprecht bestätigt die Angaben und fügt noch hinzu, daß die Leute unter sich gesammelt hätten. Die zusammengekommenen Gelder haben sie zum Einkauf von Farbe verwandt, die Arbeiten haben sie dann selbst ausgeführt. Da die Leute für die einzelnen Zimmer Miete zahlen müssen, kann Kapitän Lamprecht es nicht verhindern, wenn sie diese Räume selbst zu verschönern versuchen. Im übrigen betont Herr Lamprecht nochmals, daß Mittel nicht zur Verfügung stehen und an eine Vergebung der Arbeiten nicht gedacht werden kann.

Da es unverantwortlich ist, in einer Zeit, wo Zehntausende arbeitslose Malergehilfen vorhanden sind, Anstricharbeiten durch Soldaten ausführen zu lassen, und es schließlich nicht zu den Aufgaben von Soldaten gehören kann, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten im Malergewerbe noch mehr zu schmälern, wandten sich der Reichsbund für das deutsche Maler- und Lackierhandwerk und unser Verbandsvorstand an die zuständigen Stellen mit dem Ersuchen, den Erlaß vom 22. Dezember 1930 wieder aufzuheben und das Verbot der Beschäftigung von Soldaten bei Anstricharbeiten erneut auszusprechen. Beim Reichsbund lief nun folgendes Schreiben des Reichswehrministeriums ein:

Auf Ihr Schreiben vom 17. Februar 1931 Nr. 5742 D. S. G. / B.

Am zur Linderung der Not des Handwerks nach Möglichkeit beizutragen, habe ich den Erlaß vom 22. Dezember 1930, Nr. 183/9 30 V 2 IV a, der die Beschäftigung von Soldaten bei der Selbstbewirtschaftung des Anstrichs in Kasernen gestattet, wieder aufgehoben.

Das Verbot, bei der genannten Selbstbewirtschaftung Soldaten zu beschäftigen, ist damit wieder in Kraft getreten.

Der Vorstoß ist also gescheit. Hoffentlich wird nun bei den verschiedenen Bauämtern der See- und Marineverwaltung auch danach verfahren. Aufgabe unserer Mitglieder muß es sein, nach dem Rechten zu sehen und etwaige Verstöße sofort der zuständigen Bezirksleitung mitzuteilen, damit das Nötige veranlaßt werden kann.

## Gründung einer Ortsgruppe des Reichsausschusses für Sachwerterhaltung durch Anstrich in Braunschweig

Am 28. Januar dieses Jahres berief der Obermeister der Malerinnung Braunschweig die am Malergewerbe interessierten Kreise zusammen. Es erschienen Vertreter der Malerinnung, der Vorsitzende unserer Filiale, Vertreter der Lack- und Farbenindustrie sowie Vertreter des Farbenhandels. Der Anregung, eine Ortsgruppe zu gründen, wurde einstimmige Zusage erteilt.

In einer weiteren Sitzung wurde der verwaltende Ausschuss gewählt. Sodann wurden in mehreren Sitzungen die Werbemöglichkeiten für das Malergewerbe besprochen. Alle Vertreter waren sich darin einig, werbend tätig zu sein, um die alle bedrückende fürchterliche Notlage etwas zu mildern.

Daß diese Belebung des Berufes nicht mit einem Streich gelingen würde, war die einstimmige Meinung der Ausschussmitglieder. Aber, „wer nicht wagt, der nicht gewinnt“, wurde die Lösung für die Beteiligten. Allerdings war die Beratung über die Höhe der dazu nötigen Mittel mit Schwierigkeiten verknüpft.

Ein Voranschlag ergab das Resultat, 1000 M seien nötig, um eindrucksvoll die Werbung durchzuführen. Die nochmalige Prüfung dieses Entwurfs ergab, daß es auch mit 600 M versucht werden müsse, in die Werbung einzutreten. So geschah es auch.

Die Industrie und der Handel erklärten sich bereit, die Summe zur Verfügung zu stellen, wenn die Veranstaltung unabhängig von der im März stattfindenden Reichshandwerkerwoche getätigt würde. Nach längerer Beratung wurde dann der Beschluß gefaßt, in der Zeit vom 15. bis 19. März, an einem Tage, an dem keine sonstige öffentlich wahrnehmbare Veranstaltung in Braunschweig von Seiten der Handwerksmeister stattfindet, einen Werbeumzug zu veranstalten, an dem sich alle mit Farbe und Lack in Berührung kommenden Kreise beteiligen sollen. Die Vorbereitungen nahmen ihren Fortgang.

Am 18. März, um 14.30 Uhr, setzte sich ein interessanter in seiner Gestaltung vielfarbiger und teilweise originalitätstrotzender Zug von an der Verarbeitung interessierten Kreisen in Bewegung. Eine Musikkapelle sorgte für den Marschrhythmus. Die Straßen bevölkerte eine Menschenmenge, wie man sie sonst nur aus Anlaß von großen politischen Veranstaltungen zu sehen bekommt. Alle Fenster und Hauseingänge waren von Neugierigen besetzt, die den bunten Zug bewunderten. An toten fahrenden und getragenen Gegenständen, Wagen, Karren, Handwagen, Lastautos, Goliaths und Tragchilbern war kein Mangel.

Es waren 60 Malermeister, 78 Malergehilfen und 110 Lehrlinge, die neben der Musik und den buntemalten Gefährten und Tragchilbern für die Bewegung innerhalb des Zuges sorgten.

Von 14.30 bis 17.30 Uhr waren wir unterwegs. Die Bevölkerung brachte dieser buntenfarbig gestalteten Schar allergrößtes Interesse entgegen. Zu wünschen wäre, daß sich dieses Interesse in der Vergebung von Malerarbeiten weiterhin bewährt, dann hat die nunmehr in Szene gesetzte Werbebewegung in den an der Farben- und Lackverarbeitung beteiligten Kreisen den Beweis erbracht, daß auch das Malergewerbe in der Öffentlichkeit sich rühren muß, um Aufträge hereinzubekommen. An den Meistern und Gehilfen muß es nunmehr liegen, die Aufträge in die Bahnen zu leiten, damit sie zum Segen für die notleidenden Berufskreise sich auswirken.

**Hamburg.** In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung am 2. April 1931, im Gewerkschaftshaus, fanden die Wahlen der Kandidaten zur Verbands-Generalsversammlung und des Filialvorstandes statt. Mit allen gegen 15 Stimmen wurden in beiden Wahlgängen die Listen der Amsterdamer Richtung gewählt. In kurzen, markanten Worten wurde dann vom Filialvorsitzenden der Jahresbericht gegeben. Die Ursachen der Krise, die ungeheuerliche Arbeitslosigkeit im Reich und örtlich, mit materieller und seelischer Not für unsere Kollegen im Gefolge, wurde in kurzen Strichen dargestellt. Am Schlusse des schwersten je erlebten Krisenjahres können wir jedoch feststellen, daß trotz allem der Verband ungeschwächt dasteht. Die Zahl der Vollmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr noch um 51 gestiegen. Es sind alle Anstrengungen gemacht worden, um die ausgesprochenen Kollegen einigermaßen zu unterstützen. Infolge kollegialen Entgegenkommens unserer sozialen Betriebe konnte auch die Filialkassa ein erhebliches dazu beitragen. Insgesamt sind 1930 in der Filiale Hamburg 91 196 M an Unterstützungen ausgezahlt worden; das ist im Durchschnitt je Vollmitglied 31,45 M. Außerordentlich umfangreich war die Tätigkeit im Ortsarbeitsamt, bei den Arbeitsgerichten und dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes, um die Rechte der Kollegen zu vertreten. Rund 4800 M konnten dabei für die Kollegen sichergestellt werden. Diverse Klagen bei den Arbeitsgerichten mußten gegen zahlungsunfähige Arbeitgeber geführt werden. Pfändungen der Lohnsumme mußten in manchen Fällen bei der Kundschaft solcher Arbeitgeber durchgeführt werden. In Groß-Hamburg konnten die Tariflöhne im allgemeinen hochgehalten werden.

Die Schmutzkonzurrenz der Unternehmer blühte in Hamburg besonders stark auf, wobei auch die Ausbeutung der Arbeitskräfte unserer Kollegen trug in die Erscheinung trat. Der Leistungstarif, der geeignet wäre, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, wird jedoch von den Arbeitgebern vollkommen mißachtet. Ein besonders bezeichnender Fall, der sicherlich nicht vereinzelt dasteht, und blühtartig die Situation im Malergewerbe beleuchtet, war folgender: Bei Uebernahme der Arbeiten eines größeren Wohnungs-Neubaus verpflichtete sich ein in Hamburg sehr bekannter Malermeister, an den Bauunternehmer 10% der Uebernahmefumme zu zahlen. Nach Fertigstellung des Baues ergab sich ein Reinverdienst für den Malermeister von pro Gehilfenstunde 58,2 J. Entsprechend seiner übernommenen Verpflichtung mußte er dem ebenfalls sehr bekannten Bauunternehmer 33,7 J abtreten, so daß ein tatsächlicher Gewinn von 24,5 J pro Gehilfenstunde für den Malermeister verblieb. Dieser machte seinen Gehilfen dann Vorwürfe wegen nicht genügender Leistung, sein Verdienst sei zu gering; die Schmiergelder aber habe er zahlen müssen, um überhaupt Arbeit zu bekommen. So wird das Malerhandwerk in unverantwortlicher Weise heruntergewirtschaftet. Die Arbeitgeberorganisation steht den Dingen ohnmächtig gegenüber. Sie möchte der Gehilfenschaft die Schuld zuschieben, indem sie sagt: Der Zustand ist zwar verderblich für das Malerhandwerk, aber weil die Gehilfen quantitativ so sehr viel leisten, richten die Meister ihre Kalkulation danach ein. Also sind die Gehilfen die eigentlich Schuldigen an der Schmutzkonzurrenz.

Ein neuer Entwurf zum Leistungstarif ist nunmehr von den Arbeitgebern ausgearbeitet worden, über den sie mit der Filiale Hamburg verhandeln wollen. In diesem Entwurf ist aber nicht mehr der Grundgedanke „Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz“ maßgebend, wie im ursprünglichen Leistungstarif, sondern in diesem Entwurf sind die „Quadratmeter-Leistungen“ dem gegenwärtigen Zustand angepaßt. Die Annahme dieses Entwurfs wäre daher gleichbedeutend mit tariflicher Sanftionierung dauernder ungeheuerlicher Ausbeutung der Arbeitskräfte und gleichzeitig auch der gegenwärtigen Puscharbeiten.

Auf Ersuchen der Baubehörden der Stadt Altona sind zusammen mit der Malerinnung eine Reihe Bauten kontrolliert und gelieferte Malerarbeit begutachtet worden. Besonders stand der große Berufsschulneubau monatelang unter dauernder Kontrolle, mit dem Erfolg, daß eine einigermaßen anständige Arbeit geliefert wurde. Maßgebend für unsere Beteiligung an dieser Arbeitskontrolle war, den Uebernehmern zu demonstrieren, daß anständige Arbeiten nicht zu Schundpreisen geliefert werden können.

Die Aussichten für das Jahr 1931 sind schlecht. Anfang März waren es noch circa 600 Kollegen, die Wohlfahrtsunterstützung bezogen. Während die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 1. März rund 2400 betrug, waren es am 15. April noch immer rund 1800 Kollegen, die keine Arbeit hatten. Die Neubautätigkeit wird 1931 in Hamburg sehr erheblich eingeschränkt werden. Während in den vorhergehenden Jahren immer circa 10 000 Wohnungen mit Hauszinssteuerzuschuß gebaut wurden, können in diesem Jahr höchstens 7000 in Aussicht genommen werden. Und da jetzt nur noch Kleinwohnungen bezuschußt werden, wird sich die Bauumme, ganz erheblich verringern. Die Aussichten auf Privatarbeiten sind ebenfalls sehr ungünstig, mit größeren Aufträgen ist gar nicht zu rechnen. Die Zureise junger Kollegen nach Hamburg ist immer noch sehr erheblich. Arbeit bekommen diese Kollegen in Hamburg nicht. Bei allen Staatsaufträgen und Bauten dürfen nur Arbeiter beschäftigt werden, die mindestens ein Jahr im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg anständig sind und vom Arbeitsnachweis vermittelt werden.

Den gedruckten Kasernenbericht erläuterte Kollege Baerer, wobei er besonders auf die hohen Unterstützungsleistungen der Filiale Hamburg hinwies, die trotz großer Minder-einnahmen geleistet werden konnten.

**Magdeburg.** Die am 23. Februar 1931 stattgefundene Mitgliederversammlung befaßte sich eingehend mit der ungeheuer schlechten Wirtschaftslage. Die Arbeitslosigkeit unserer Berufskollegen war noch nie so groß wie im vergangenen Jahr. Das Arbeitsstempo trug viel dazu bei — besonders bei den Neubautarbeiten —, daß diese Kollegen in ihrem Berufe kein Unterkommen mehr finden konnten. Not und Entbehrung hat unter der Kollegenschaft Platz gegriffen. Leider sind die Aussichten auf eine baldige Besserung sehr gering. Die Diskussion war von einheitlichem Geiste befeuert, der erkennen läßt, daß der Wille zum weiteren Aus- und Aufbau der Organisation bei den Versammlungsteilnehmern vorhanden ist. Es müsse aber noch mehr Aufklärungsarbeit betrieben werden, damit auch der letzte Kollege den Weg zur Organisation findet. Kein Rückgang oder Stagnieren der Filiale soll Platz greifen. Die Geschichte lehrt uns, daß wir nicht stillstehen dürfen und das Schlimmste nur verhindert werden kann, wenn die Gewerkschaften in ihrer Schlagkraft erhalten und weiter ausgebaut werden. Es muß daher alles vermieden werden, was zu einer Zersplitterung der Kräfte beitragen könnte. Die Mitglieder und Funktionäre der Filiale Magdeburg sind gewillt, in diesem Sinne zu wirken. Der Geschäftsführer, Kollege Lisch, gab Erläuterungen zu dem Fragebogen des Verbandsvorstandes und empfahl dessen gewissenhafte Ausfüllung. Er konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Jugendabteilung der Filiale ein reges Treiben entwickelt und sehr stark am Aufbau unseres Verbandes interessiert ist. Auch die noch fernstehenden Jugendlichen müssen gewonnen und zu gewerkschaftlichen Kämpfern erzogen werden. Nur dann können wir unsern Ziele, das wir alle erstreben, näher: dem Sozialismus.

# Berufsunfälle

**Bielefeld.** Am 20. April waren ein 60jähriger Gehilfe und ein Lehrling im Auftrage der Firma B. und A. Bonnin mit Gerüstbau beschäftigt. Gegen 11 Uhr stürzte der Lehrling **Albert Kante** aus einer Höhe von etwa 7 Meter ab. Mit einer klaffenden Kopfwunde und bewußtlos mußte er in ein Krankenhaus überführt werden. Auch der Gehilfe stürzte aus etwa 3 Meter Höhe ab, kam aber ohne ernstere Verletzungen davon. Welche Ursachen zu dem bedauernden Unfall geführt haben, wird die Untersuchung ergeben. Auf jeden Fall ist es unverantwortlich, mit einer an sich so gefährlichen Arbeit nur zwei Leute zu beauftragen.

**Bremen.** Beim Transport von Säfern in der Wertstelle geriet dem Kollegen **Karl Heide** der rechte Fuß unter ein drei Zentner schweres Farbsaß. Infolge eingetretener Blutstauung ist der Kollege erwerbsunfähig.

# Gewerkschaftliches

## Verdiente Gewerkschaftsjubilare.

**Nikolaus Bernhard**, der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes, vollendet am 3. April sein 50. Lebensjahr. Gleichzeitig wird er in Kürze sein 25jähriges Jubiläum als Angestellter des Baugewerksbundes begehen. Kollege **Bernhard** wurde 1906 in Heilbronn angestellt und kam dann nach Straßburg im Elsaß. Kurz vor Kriegsausbruch wurde er vom Vorstand des Deutschen Baugewerksbundes nach Hamburg berufen. Im Jahre 1927, nach dem Ausscheiden des Kollegen **Paepow**, wählte ihn der Verbandstag zum ersten Vorsitzenden. **Nikolaus Bernhard** sind verantwortungsvolle Posten anvertraut, er gehört auch dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat an, zugleich ist er Vorsitzender des Ausschusses vom Verband sozialer Baubetriebe. Mit seiner ganzen Kraft und eisernen Energie hat er bisher im Dienste der Arbeiterbewegung gestanden und sich für deren Förderung eingesetzt. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre mit bestem Erfolg in seinem großen Aufgabengebiet zu wirken.

**Franz Scheffel**, der Vorsitzende des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner, konnte im April auf sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender zurückblicken.

Am 16. April 1906 wurde Kollege **Scheffel** als Vorsitzender des Zentralverbandes der Maschinisten und Seiger gewählt. **Scheffel** ist einer der wenigen, die aus dem Betrieb heraus zu der höchsten Stelle innerhalb einer gewerkschaftlichen Organisation überwechseln konnten. Bei seinem Antritt hatte der Verband der Maschinisten 11 000 Mitglieder. Im Jahre 1914 waren 26 000 Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1914 wurde der deutsche Eisenbahnerverband gegründet. **Scheffel** wurde im Frühjahr 1919 als Vorsitzender gewählt. Auch hier hat der Jubilar es verstanden, die ihm gestellte Aufgabe glänzend zu lösen. Wir wünschen dem Jubilar, der auch Mitglied des Reichstages ist, daß er mit gleichem Erfolg noch recht lange im Dienste der Gewerkschaftsbewegung tätig sein möge.

## Der Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandter Berufe

kann auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Der Beschluß zur Vereinigung der bestehenden Fachvereine erfolgte im Dezember 1890 in Magdeburg und wurde am 1. April 1891 durchgeführt. Natürlich ging das nicht so leicht vor sich. Unendlich viel Mühe und Arbeit hatten die Pioniere zu ertragen. Die Arbeit dieser Kollegen für ihren Verband und seinen Aufstieg war schwer, viele Hindernisse galt es zu beseitigen. Aber der Zwang, Front zu machen gegen überlange Arbeitszeit und allzu kärglichen Lohn, verbunden mit der wachsenden Einsicht in den Zwang zur Organisation und der Triebkräfte kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft, mußte die Werbekraft der Organisation stärken. Die anfängliche Stagnation wurde überwunden. Der Aufstieg mit seinen Erfolgen in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse begann, und die Entwicklung brachte den Verband der Lithographen und Steinbrucker auf seinen gegenwärtigen Stand. 40 Jahre Gewerkschaftsarbeit haben sich gelohnt und haben gezeigt, daß die Bewegung in der gesamten Kollegenchaft festgewurzelt ist. Solidarisches Wirken, gemeinsames Streben lohnten sich. Geeinte Kraft schuf Vorbildliches und Großes. Damit ist das Endziel noch nicht erreicht. Es muß weiter gearbeitet und weiter geschaffen werden, um den späteren Generationen Grundmauern zu hinterlassen, auf denen sie aufstehen können, wenn sie die Organisationsbauwerke in ihrem Sinne ausgestalten wollen.

## Soziale Baubetriebe und 40-Stunden-Woche.

Die Verhandlungen der baugewerblichen Gewerkschaften mit dem Verband sozialer Baubetriebe über die Einführung der 40-Stunden-Woche führten zu dem Ergebnis, daß folgendes vereinbart wurde: Von sämtlichen zur Baubüthenbewegung gehörenden Betrieben wird erwartet, daß sie die Forderung der Gewerkschaften auf Einführung der 40-Stunden-Woche erfüllen. Die Art, wie im einzelnen Betriebe die 40-Stunden-Woche durchgeführt wird, ob durch entsprechende Verkürzung der täglichen Arbeitszeit oder im Wege der 5-Tage-Woche oder auf andere Weise, soll den Verhandlungen mit den einzelnen Betrieben vorbehalten sein. Ebenso sollen die zuständigen Organe prüfen, inwieweit für die verkürzte Arbeitszeit ein Lohnausgleich möglich ist.

**Der Verband ruft Dich:  
Auf, zur Frühjahrsagitation!**

# Billige Bücher für jedermann.

- Das offene Antwortschreiben (Lassalle) . . . . . geb. —,65 M
- Das Tagebuch (Lassalle) . . . . . " 1,25 "
- Das kommunistische Manifest (Marx und Engels) . . . . . " —,65 "
- Karl Marx und die Gewerkschaften . . . . . " 1,25 "
- Gewerkschaften und politische Parteien (Seidel) . . . . . " —,65 "
- Aus der Welt des Sozialismus (Mayer) . . . . . " —,65 "
- Aus Deutschlands schwerster Zeit (David) . . . . . " —,65 "
- Die Gewerkschaftsfrage (Schweizer) . . . . . " —,65 "
- Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze (Braunthal) . . . . . " 3,75 "
- Wirtschaftsdemokratie (Naphtali) . . . . . " 2,80 "
- Das Kapital (Karl Marx), Auszug von Kautsky 2 Bände zusammen . . . . . " 7,50 "
- Karl Legien (Leipart) . . . . . " 4,50 "
- Sch bitte ums Wort . . . . . " 1,90 "

Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10, oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

# Verständliches

## Die Lindcar-Fahrradwerke im Krisenjahr 1930.

Das im Besitz der freien Gewerkschaften befindliche Lindcar-Fahrradwerk AG., Berlin-Lichtenrade, legt seinen Jahresabschluss vor. Der Reingewinn für das verfloßene Jahr beträgt 129 132 M gegenüber 241 837 M im Vorjahre. Die Dividende wird von 10 % auf 5 % ermäßigt.

Bei Betrachtung der diesmaligen Lindcarbilanz müssen die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise berücksichtigt werden, die naturgemäß das Fahrradgeschäft doppelt treffen mußten. Der Lindcarbericht bemerkt zur Krise, „daß die steigende Arbeitslosigkeit in erster Linie die Bevölkerungsschichten erfaßt habe, die als Käufer von Lindcartädern in Betracht kommen. Auch das Lindcarunternehmen sei, wenn auch in geringerem Maße, von den Auswirkungen dieser Krise erfaßt worden. Die Lindcar AG. verdanke es in erster Linie der intensiven Mitarbeit der Gewerkschaftskreise, wenn sich der Rückgang unseres Umsatzes in erträglichen Grenzen gehalten habe.“ — Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: die Produktion hat bei Lindcar im Jahre 1929 rund 50 000 Räder betragen, im Jahre 1930 30 000. Verkauf wurden im Jahre 1929 43 777 Stück, im Jahre 1930 29 060. Die Lagerbestände konnten eingeschränkt werden. Wenn der Verkauf sich noch immer, verglichen mit dem anderer Unternehmungen, auf einer beachtenswerten Höhe gehalten hat, dann trägt dazu neben dem Werbungs-system der Lindcar AG. die von Lindcar durchgeführte Preispolitik bei. Schon im letzten Quartal 1930 wurden im Zusammenhang mit den Preisabbaubestrebungen die Preise um 10 % gesenkt. Im Jahre 1931 erfolgte im Anschluß an die Einführung verbesserter Modelle eine weitere — rund 15 % ausmachende — Preis-senkung. So wurde das billigste Rad von 115 M auf 89,50 M gesenkt. Ueber das neu aufgenommene Nähmaschinen-geschäft wird gesagt, daß es sich sehr gut eingeführt und bereits Erfolge erzielt habe. Weiter ist eine Verbreiterung der Geschäftsbasis für 1931 durch die Aufnahme eines Motorfahrrades mit Fichtel-&-Sachs-Hilfsmotor erfolgt. Es handelt sich um einen steuer- und führerscheinfreien Typ mit 2 Gangbetrieben, der sich schnell einzubürgern scheint.

Man kann der Lindcar AG., die nur Qualitätswaren herstellt, das Zeugnis ausstellen, daß sie es verstanden hat, die Schwierigkeiten des fürchterlichen Krisenjahres 1930 zu meistern. Jedes Gewerkschaftsmitglied, das Bedarf hat an einem Fahr- oder Motorrad oder einer Nähmaschine, denke daran, sein eigenes Unternehmen zu unterstützen und weiterzupflegen.

## Der Lenz ist wieder da!

Das Verbandsorgan des 3bL brachte in der letzten Nummer folgende amüsante Notiz:

Kürzlich sprach der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Lenz in Mannheim. Anwesende Arbeitslose brachten an einer bestimmten Stelle des Saales Herrn Lenz ein Ständchen:

Der Lenz ist angekommen,  
Hat die Diäten mitgenommen!  
Uns Arbeitslosen hier im Haus,  
Zählt er heut die Diäten aus,  
Der Lenz, der Lenz, der Lenz ist angekommen!

# Fachtechnisches

**Patentschau**, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

## Angemeldete Patente.

RI 22 h. J. 27 477. Lösungsmittel für Lacke und Imprägnierungsmittel. J. G. Farbenindustrie AG., Frankfurt a. M.

RI 75 a. K. 109 136. Verfahren zum Betrieb von Farbstaubsammlern. Albert Krausberger, Holzhausen bei Leipzig.

RI 75 c. B. 140 530. Vorrichtung zum Aufbringen eines Ueberzuges. Walter Baur, Köln-Braunsfeld, Voigtstraße 26.

## Erteilte Patente.

RI 75 a. 524 609. Farbstaubsammler zum Gebrauch in der Spritzmalerei. Albert Krausberger, Holzhausen bei Leipzig.

RI. 75 c. 524 706. Druckluft-Spritzvorrichtung. Leipziger Tangier-Werk AG., Leipzig W 31, Carl-Heine-Straße 35.

## Gebrauchsmuster.

RI. 75 c. 1 167 595. Farbmischmaschine. Rudolf Schmid, Balingen i. Württemberg.

# Literatur

## Nr. 5 der „Malerjugend“

ist als Werbenummer erschienen. Darum erhielt sie auch eine besondere Ausstattung. Die erste Seite enthält eine Zeichnung, die zeigt, wie klein die Jugendabteilung im Anfang war, wie groß sie zur Zeit ist und bis zu welcher Größe sie noch wachsen soll. Der erste Artikel enthält eine Mahnung an die Schulklasse, worin diese aufgefordert werden, sich der Jugendabteilung unseres Verbandes anzuschließen und dort recht aktiv mitzuarbeiten. „Warum sich gewerkschaftlich organisieren?“ heißt die Überschrift des nächsten Artikels, woraus schon dessen Tendenz hervorgeht. Dann wird die Jugend in einem Artikel: „Was jeder junge Kollege wissen muß“, mit dem Zweck der Jugendabteilung näher vertraut gemacht. Die Jugend selbst kommt zum Wort mit einem Artikel aus Dresden, „Malerjugend im Spreewald“, der Jungkollege von Frankfurt a. M. mit „Kurse für die Gesellenprüfung“ und der Kasseler Jungkollege mit dem „Bericht über einen Fachkursus“, der mit einer Ausstellung, die auch bei der Innung und bei den Behörden großes Lob fand, schloß. Die Nummer enthält weiter ein Preisaus schreiben für die Jungkollegen, die eine kurze Abhandlung über das Thema „Wie wirbt man am besten für unsere Jugendabteilung?“ schreiben sollen. Für die zehn besten Arbeiten stehen Preise zur Verfügung. Ein Feuilletonartikel: „Eine feuchte Rucksparte“, dürfte besonderes Interesse bei der Jugend finden. In der Nummer sind außer dem Titelbild sieben Bilder untergebracht; weiter ist darin enthalten eine Buchbesprechung und ein Gedicht. Für weitestgehende Verbreitung dieser Nummer sollten auch alle Kollegen besorgt sein.

**Vom Fachausdruck für Anfrichtechnik** (beim Verein Deutscher Ingenieure und Chemiker in Berlin) ist als zehntes Heft seiner Veröffentlichungen erschienen:

**Die Reaktionen anorganischer basischer Farbstoffe** mit Leitbild, von Dr. R. Charisius und Professor Dr. E. Rindler. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom BÖB-Verlag, G. m. b. H., Berlin NW 7.

# Literarisches

Ein proletarisches Magazin. Diesen Ehrentitel hat sich seit Anfang dieses Jahres im Magazinformat erscheinende, 32 Seiten starke, reich illustrierte Monatszeitschrift der Arbeiter-Gilden Berlin, in kurzer Zeit erworben. Das Magazin dieser Zeitschrift, die in einer Auflage von 100 000 Exemplaren gedruckt wird und den Mitgliedern der Arbeiter-Gilden kostenlos zugeht, fällt wieder durch seinen reichen Inhalt auf. Der Herausgeber **Walter Victor** erzählt eine Reihe spannender afrikanischer Novellen, ein unbekannter russischer Autor berichtet von einem der grauigsten Erlebnisse des Krieges, der Däne **Hans Voblen** gibt einen neuen Beweis seiner psychologisch vertieften Kunst, **Walter Victor** und andere sind mit kürzeren Erzählungen vertreten und ferner enthält das Heft Reproduktionen seltener graphischer Arbeiten von **Hans Thoma**, **Max Beckstein** und **Robert Genin**.

**Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente** von Zeitgenossen. 462 Seiten mit 98 Illustrationen im Text und 20 Bilderwiedergaben aus Tafeln. In der Anlage drei Karten. Berlin 1931. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Leinwandband 10 M. — In der umfangreichen Literatur für und gegen die revolutionäre Erhebung der Pariser Proletariats im Jahre 1871 nimmt das vorliegende Buch eine besondere Rolle ein, gibt es doch eine historisch authentische Darstellung von der kurzen, aber bedeutungsvollen Geschichte der Pariser Kommune unter Zugrundelegung des wichtigsten Lektürematerials. Das Werk ist in vier Teile gegliedert. Der erste Teil, ein Abriss der politischen und wirtschaftlichen Geschichte Frankreichs von der bürgerlichen Monarchie **Louis Philippe** 1830 bis zur Katastrophe des zweiten Kaiserreichs **Napoleons III.** 1870/71 gibt den Ereignissen der 72 Tage den Hintergrund. Das reiche Material des Hauptteils des Buches (Seite 182 bis 446) besteht ausschließlich aus den Originaldokumenten und in charakteristischen Berichten von Zeitgenossen. Der zweite Teil behandelt den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, der dritte Teil die Septemberepublik. Eine Menge unbekanntes wichtiges Material bringt der vierte Teil, der alle Ereignisse der Pariser Kommune vom 18. März bis 28. Mai 1871. Das illustrierte Material des auch drucktechnisch gut ausgestatteten Buches sowie die drei Karten von Paris und Umgebung während der deutschen Belagerung und Besetzung unterstützen recht wirkungsvoll die Gesamtdarstellung.

# Bekanntmachungen

## Eingesandte Gelder

in der Zeit vom 14. bis 30. April 1931

Eingesandt haben: Augsburg 80 M, Berlin 4000, Bielefeld 296,45, Braunschweig 1000, Crimmitschau 50, Detmold 270, Glogau 200, Sagen 83,29, Hamburg 1500, Herford 250, Kolberg 80, Köln 800, Königsberg 1000, Lindau 93,73, München 1500, Neustrelitz 150, Nürnberg 1000, Oberhausen 156,39, Oldenburg 30, Passau 41,50, Pforzheim 150, Rendsburg 12,50, Stuttgart 4000, Trier 30, Wiesbaden 700, Wismar 100.

L. Ringel, Kassierer.

Vom 3. Mai bis 9. Mai ist die 19. Beitragswoche.

Vom 10. Mai bis 16. Mai ist die 20. Beitragswoche.

## Sterbefälle.

**Bamberg.** Unser Jungkollege **Lorz** starb an Bleivergiftung und Lungentuberkulose, 19 Jahre alt. **Chemnitz.** Am 14. April starb unser Kollege, der Lackierer **Paul Rottke** im Alter von 45 Jahren. — Am 29. April starb unser Kollege **Willy Hauslein** im Alter von 43 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!